

Nr. 21/16 vom 25.06.2021

„Energy Chat in der Reinhardt“ zur Bundestagswahl 2021

**Das Wahlprogramm 2021 von Bündnis 90/Die Grünen auf dem Prüfstand - welche energie- und Klimaschutzpolitischen Aussagen werden getroffen?**

Berlin. Auch im Wahljahr 2021 stellt das Forum für Zukunftsenergien die Wahlprogramme einiger Parteien auf den Prüfstand. In der dritten Ausgabe am 21. Juni 2021 wurde mit Oliver Krischer, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, über die energie- und klimapolitischen Aussagen im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen diskutiert.

Das energiepolitische Zieldreieck sei derzeit nicht ausbalanciert, betonte Oliver Krischer, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Im Gespräch mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., kritisierte er scharf das Tempo des Ausbaus von erneuerbaren Energien Anlagen. Viele bundespolitische Vorgaben bremsen den Ausbau, und das Kosteneinsparungspotenzial der Erneuerbaren werde dadurch nicht genutzt. Im Rahmen eines „100-Tage-Programms“ sollten, gleich nach der Wahl, die den Ausbau bremsenden Hürden verringert werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten beschleunigt werden durch zu schaffende eindeutige Regeln bezüglich des Nutzungskonfliktes mit dem Artenschutz, die Aufstockung des Personalbestandes in den zuständigen Genehmigungsbehörden und eine verbesserte Regionalplanung.

Pauschale Abstandsregelungen für Windenergieanlagen seien hingegen nicht zielführend, denn sie steigerten die Akzeptanz vor Ort nicht, so Krischer. Diese könne vielmehr durch eine bessere Einbindung der betroffenen Bevölkerung in der Planungsphase und eine Beteiligung am finanziellen Ertrag der Anlagen erhöht werden. Zusätzlich forderte Krischer eine Reform der Entgelte und Umlagen im Stromsektor, damit Flexibilität als neues Element im Strommarkt etabliert werde. Um die Beteiligung von ausländischen Staaten an den vier deutschen Übertragungsnetzbetreibern zu verhindern, plädierte Krischer dafür, nach Möglichkeit die staatlichen Anteile an diesen kritischen Infrastrukturen zu erhöhen und sie bei Gelegenheit in eine Bundenetzgesellschaft zu überführen.

Krischer betonte, dass Erdgas für eine Übergangszeit von max. 30 Jahren weiterhin benötigt werde. Da es jedoch schon derzeit keine Probleme bei der Versorgungssicherheit mit Erdgas über die bestehenden Infrastrukturen und Transportrouten gebe, sehe er für Nord Stream 2 keinen Bedarf, insbesondere vor dem Hintergrund einer perspektivisch sinkenden Erdgasnachfrage in der EU. Bei Biogas bestünden große Kapazitäten, welche nun, nach dem Ende der EEG-Förderung, einen energiewirtschaftlichen Rahmen für den Weiterbetrieb im Kontext der Sektorenkopplung benötigen, so Krischer. Auch vor dem Hintergrund von Abfällen und Reststoffen könne Biogas zukünftig eine deutlich größere Rolle spielen.

Wasserstoff, betonte Krischer, solle zunächst in den Sektoren eingesetzt werden, für die es keine Alternativen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>- Emissionen gebe. Als solche nannte er die energieintensiven Industrieprozesse. Im Inland hergestellter grüner Wasserstoff sei die erste Wahl, in einer Übergangszeit sei Wasserstoff hergestellt auf der Grundlage von Erdgas ebenfalls akzeptabel. Die Notwendigkeit Wasserstoff zu importieren, bestehe für

Krischer eher mittel- bis langfristig, trotzdem sollten auch diesbezüglich die Weichen gestellt werden.

Um die Klimaneutralität im Gebäudesektor zu erreichen, müsse auch dort der Einsatz von fossilen Energieträgern beendet werden, er plädierte für die Beendigung der Förderung von Gasheizungen. Darüber hinaus müsse der Ausbau der Wärmepumpe und die Dekarbonisierung der Wärmenetze durch Förderprogramme und Abgaben wie der CO<sub>2</sub>-Bepreisung vorangetrieben werden. Die Förderprogramme sollten eine lange Laufzeit haben, um den entsprechenden Handwerksbetrieben eine vielversprechende Perspektive zu geben, aufgrund derer sie u.a. die Mitarbeiterzahl erhöhen könnten. Da nur Hauseigentümer die Heizungstechnik austauschen können, plädierte Krischer dafür, dass der Vermieter, die an dieser Stelle zusätzlich anfallenden CO<sub>2</sub>-Kosten zu tragen hätte, dies sei der Anreiz zur Modernisierung.

Bündnis 90/Die Grünen setzten auf eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung und den damit verbundenen Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe. Damit diese CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht zur finanziellen Mehrbelastung der Endkunden führe, schlage die Partei vor, zum Ausgleich ein Energiegeld für alle Bundesbürger unabhängig vom Einkommen zu zahlen. Dieses solle aus den Einnahmen des BEHG finanziert werden. Dies biete den Anreiz sich möglichst CO<sub>2</sub>-schonend zu verhalten und zu investieren. In diesem Zusammenhang kritisierte Krischer das von der CDU/CSU und der FDP vorgeschlagene Emissionshandelssystem über alle Sektoren hinweg. Dieses würde zu weitaus höheren CO<sub>2</sub>-Preisen führen. Er kritisierte ferner, dass die beiden Parteien ihre Wähler auf diese Art und Weise bewusst im Unklaren über den letztendlich zu zahlenden Preis ließen. Um Carbon Leakage zu verhindern, befürworte Krischer die Gewährung von Industriestrompreisen durch den Staat und einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichmechanismus. Darüber hinaus betonte Krischer, dass es schon beim jetzigen Temperaturanstieg von 1,6 Grad notwendig sei, Strategien für die Anpassung an den Klimawandel zu verfolgen. So forderte er ein intelligentes Wassermanagement, ökologischere Stadtplanung, und umfassende Hochwasserschutzkonzepte.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
zukunftsenergien.de  
Twitter @FfZeV  
LinkedIn @FfZeV